DER BUNDESMINISTER DES INNERN

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

IS 1 - 619 311/3

☎ (0228)

Datum

681-4415

11. Juli 1991

Der Bundesminister des Innern, Postfach 170290, 5300 Bonn 1

Dienstgebäude Nr.

1

Freie Deutsche Jugend
z. Hd. v. Herrn Bundesvorsitzenden
Jens Rücker
Unter den Linden 36

0-1086 Berlin

Sehr geehrter Herr Rücker,

ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens, das am 19. Juni 1991 hier eingegangen ist.

Durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. Juli 1954 (BVerwGE 1, 184 ff.) wurde die "Freie Deutsche Jugend in Westdeutschland" wegen der Verfassungswidrigkeit ihrer Zielsetzung verboten. Die Entscheidung erging - vor Inkrafttreten des Vereinsgesetzes - auf Antrag der Bundesregierung gemäß Artikel 9 Abs. 2 Grundgesetz (GG), § 129 a Strafgesetzbuch (StGB) damaliger Fassung.

Die Aussagen in der Urteilsbegründung belegen nach hier vertretener Ansicht, daß das Verbot nur die FDJ in Westdeutschland als selbständige Teilvereinigung betrifft. Die FDJ in der ehemaligen DDR ist von dem Urteil nicht erfaßt, die Verfassungswidrigkeit ihrer Zielsetzung war nicht Streitgegenstand, auch wenn sich das Verbot der FDJ in Westdeutschland auf eine Beurteilung von Programm und Zielsetzung der FDJ insgesamt bezog.

...

Dienstgebäude

Nr. 1 Graurheindorfer Straße 198
(Hauptgebäude)

Nr. 2 Dietkirchenstraße 28
Nr. 3 Graurheindorfer Straße 35

Nr. 4 Husarenstraße 30
Nr. 5 Karl-Legien-Straße 156

☎ Vermittlung
(0228) 681-1

Telex
886896

Teletex
228341 - BMI

Telefax
681-4665

Die FDJ der ehemaligen DDR ist auch keine Nachfolge- oder Ersatzorganisation der FDJ in Westdeutschland (§§ 8, 20 Vereinsgesetz). Eine Nachfolgeorganisation muß neben der Fortsetzung der verfassungsfeindlichen Zielsetzung Personen- und Organisationsidentität mit der verbotenen Vereinigung aufzeigen. Dies ist in Bezug auf die von Ihnen vertretene Vereinigung nicht der Fall.

Die FDJ (Ost) ist auch keine Ersatzorganisation der verbotenen Vereinigung. Die verfassungswidrigen Bestrebungen der FDJ in Westdeutschland waren auf eine Veränderung der politischen Verhältnisse in der alten Bundesrepublik gerichtet. Die FDJ in Westdeutschland war ein Instrument der Westarbeit der FDJ, das nach dem Verbot so nicht weitergeführt wurde.

Die von Ihnen geleitete fdj ist daher von dem Verbot aus dem Jahre 1954 nicht betroffen.

Ich möchte jedoch klarstellend darauf hinweisen, daß die "FDJ in Westdeutschland" weiterhin rechtskräftig verboten ist. Nach den oben zitierten gesetzlichen Regelungen ist es damit auch verboten, Ersatz- oder Nachfolgeorganisationen dieser Vereinigung zu bilden. Der Verstoß gegen ein Verbot ist nach § 85 StGB unter Strafe gestellt, ebenso die Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB) und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (§ 86 a StGB). Daher ist das Tragen von Kennzeichen der verbotenen "FDJ in Westdeutschland" strafbar.

Für ein von Ihnen gefordertes gesetzgeberisches Signal sehe ich in Anbetracht der Sach- und Rechtslage kein Bedürfnis. Die gegen-

wärtige Regelung genügt den bestehenden Anforderungen und führt entgegen ihrer Auffassung zu keiner Kriminalisierung der Mitglieder der fdj.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Bracht
Bracht